

CVP weibelt mit SVP gegen Kopftücher an Schulen

In mindestens zehn Deutschschweizer Kantonen sollen Gesetze geändert werden

Das Bundesgericht hat das Kopftuchverbot einer Thurgauer Schule für unzulässig erklärt. Jetzt wollen CVP- und SVP-Politiker ein Verbot über die kantonale Gesetzgebung ermöglichen.

Katharina Bracher

Das Kopftuchverbot an der Schule in Bürglen (TG) ist laut Bundesgericht unzulässig. Es stelle einen schweren Eingriff in die Glaubens- und Gewissensfreiheit dar. In der Urteilsbegründung von Mitte September hält das Gericht fest, dass es erstens für einen solchen Eingriff in die Freiheitsrechte eine gesetzliche Grundlage brauche und zweitens auch bei vorhandener Rechtsgrundlage im Einzelfall entschieden werden müsse, ob das Verbot verhältnismässig sei.

Ersteren Hinweis verstehen Politiker von CVP und SVP als

Einladung für die Schaffung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage. Sie lancieren auf kantonaler Ebene politische Vorstösse, um Schulen zu ermöglichen, das Tragen eines Kopftuches im Unterricht zu verbieten.

In mindestens zehn kantonalen Parlamenten der Deutschschweiz sind Vorstösse bereits erfolgt oder noch geplant. Sie stammen stets aus der Feder von CVP- oder SVP-Kantonsparlamentariern. Federführend in der Offensive sind die Nationalräte Lukas Reimann (svp.) und Elisabeth Schneider-Schneiter (cvp.).

Die Begründungen der beiden Parteien, das Kopftuchtragen an Schulen zu verbieten, könnten unterschiedlicher kaum sein. «Meine Argumentation folgt Alice Schwarzer: Das Kopftuch ist ein Machtinstrument der Männer über die Frauen», sagt Schneider-Schneiter. Sie hat einen Muster-Vorstoss an alle kantonalen Sek-



Die Schule soll Kopftücher verbieten dürfen, finden CVP und SVP.

tionen der CVP verschickt. Man argumentiere bewusst nicht mit christlichen Werten. «Das ist keine Leitkultur-Debatte», sagt Marianne Binder, Aargauer Gross-

rätin. Sie hat namens der CVP-Fraktion im Kanton Aargau eine Motion eingereicht. Das Kopftuch verletze den Gleichheitsgedanken zwischen Buben und Mäd-

chen. Und dies erschwere den muslimischen Mädchen die Integration zusätzlich.

Die SVP-Exponenten argumentieren mit der religiösen Symbolik, welche mit dem Kopftuch in Verbindung gebracht werde. «Christliche Symbole wie Jesus am Kreuz werden in der Schule verboten, importierte Symbole hingegen erlaubt», sagt der Solothurner Kantonsrat Silvio Jeker (svp.). Im Solothurnischen sind gleich zwei Vorstösse hängig: Jekers Ratskollegin Sandra Kolly (cvp.) will Kleidervorschriften an Schulen generell ermöglichen. Im Kanton Zürich verfolgt Kantonsparlamentarierin Barbara Steinemann (svp.) das Anliegen. Sie hat bereits 2010 ein Verbot angeregt, mit dem sie scheiterte. Kopftuchträgerinnen seien kein reales Problem an den Schulen, argumentierten die Gegner. «Der Wind hat seither gedreht», versichert Steinemann. Heute sehe man auf

Spielplätzen bereits kleine Mädchen mit Kopftuch. «Schulen, die diesbezüglich ein Problem feststellen, sollten ein Verbot erlassen können. Deswegen werde ich nochmals einen Vorstoss lancieren», sagt Steinemann.

Unter den Befürwortern des Kopftuchverbots finden sich viele Lehrer. Etwa der Baselbieter Landrat Paul Wenger (svp.), der an einer Berufsmaturitätsschule unterrichtet. Dass die Schülerinnen, die dort Kopftuch trügen, dies freiwillig tun, stellt er infrage. «Mit einem Verbot könnte man Druck von diesen Frauen nehmen», sagt Wenger.

Weitere SVP-Vorstösse für ein Kopftuchverbot sind in den Kantonen Wallis, Basel-Stadt und Schwyz geplant. Im Thurgau und in St. Gallen sind sie bereits eingereicht worden. Im Kanton Bern will SVP-Grossrat Thomas Fuchs seinen Vorstoss zum Legislaturbeginn im März 2014 einreichen.

Sammelklagen sollen Konsumenten helfen

Politiker aus allen Parteien fordern die Einführung von Sammelklagen. Auch der Bundesrat findet die Idee gut.

Sarah Nowotny

Wenn eine Firma fehlerhafte Brustimplantate verkauft, werden schnell Tausende Menschen zu Geschädigten. Geht eine Bank pleite, ebenfalls. Heute können die Betroffenen in der Schweiz aber nicht als Gruppe klagen. Eine Folge: Unternehmen kommen oft ohne Prozess davon, weil Einzelpersonen Risiko und Gerichtskosten scheuen. Dies soll sich nun ändern. Prisca Birrer-Heimo, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz, hat diese Woche einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die Einführung von Sammelklagen fordert. Wörtlich spricht Birrer-Heimo von «Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung». Es ist ihr zweiter Vorstoss zum Thema, der erste wurde nicht überwiesen.

45 Parlamentarier aus fast allen Parteien - die Hälfte davon Bürgerliche - tragen die Forderung mit. Gleichzeitig überlegt sich CVP-Ständerat Pirmin Bischof, einen ähnlichen Vorstoss in der kleinen Kammer einzureichen. Und nicht nur im Parlament hat das Anliegen Anhänger: Im Sommer hat sich der Bundesrat in einem Bericht positiv zu Gruppenklagen geäussert. Diese seien ein «zentrales Element für ein funktionierendes Rechtsschutz-

system», schreibt die Regierung. Eine Möglichkeit, um die Rechte von Konsumenten und Kunden zu verbessern, ist laut dem Bericht eine Gruppenklage gestützt auf eine Beitrittsklärung aller Gruppenmitglieder. Eine andere sei ein kollektives Vergleichsverfahren, also ohne Prozess.

In ihrem Vorstoss schreibt Birrer-Heimo, sie wünsche - ganz im Sinn des Bundesrats - «entamerikanisierte» Formen der Sammelklage. «Wir wollen keine Verhältnisse wie in den USA, wo Sammelklagen an der Tagesordnung sind und sich Anwälte damit eine goldene Nase verdienen», sagt sie. «Deshalb soll sich bei uns anders als in den USA nur an einer

Prisca Birrer-Heimo



Die SP-Nationalrätin möchte geschädigten Konsumenten mehr Rechte geben.

Sammelklage beteiligen, wer dies ausdrücklich will.» Auch solle es keine Entschädigungen geben, welche über den entstandenen Schaden hinausgingen. «Und wir müssten die Entschädigungen der Anwälte explizit regeln.»

In der EU führen mehr und mehr Länder das Instrument der Sammelklage ein, offenbar ohne dass amerikanische Verhältnisse entstehen. Trotzdem haben sich hierzulande Wirtschaftsverbände und Bankiervereinigungen bisher immer ablehnend geäussert.

ANZEIGE

PANERAI.COM

OROLOGERIA

UNIONE FABBRICHE SVIZZERE

OROLOGERIA SVIZZERA

Florence 1930, Piazza del Duomo. The Panerai family's shop.

WHERE MICHELANGELO STUDIED SPACE AND GALILEO STUDIED TIME, PANERAI WAS BORN.

PANERAI LABORATORIO DI IDEE.

OFFICINE PANERAI BOUTIQUE
Kapellplatz 9 - 6004 Lucerne - Phone +41 (0)41 418 12 80
lucerne@panerai.com

DISCOVER OUR EXCLUSIVE COLLECTION

Wortkontrolle

► Frauenmensenrechte, die

Begriff, zu welchem das Eidgenössische Departement für Äusseres (► Schminktipp) eine App für Smartphones und Tablets - nicht zu verwechseln mit Tablets (► Haushalt) - kreiert hat. Diese erlaubt Nutzerinnen, Nutzern und allen anderen (► political correctness) den Zugriff auf eine Datenbank mit Dokumenten zu Fragen der Frauenmensenrechte. Der Begriff ist in Abgrenzung zu den

Frauensachrechten (► Saudiarabien) und den Frauentierrechten (► Hunde im Scheidungskampf) zu verstehen. Dass der Bund das Motto «Frauen sind auch Menschen» hochhält, ist kein Zufall: Bis 2017 ist die Schweiz neu stimmberechtigt in der Uno-Kommission für die Stellung der Frau (► sexistische Sprache). Manchmal muss man halt etwas länger aufs Stimmrecht warten (► Appenzell Innerrhoden).